

Auftrag Derungs (Lumbrein) betreffend rasch umsetzbare Massnahmen zur Vereinfachung der Bauvorschriften im Kanton Graubünden

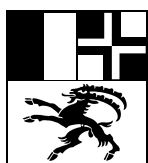
Die Wohnraumsituation im Kanton Graubünden ist in vielen Regionen angespannt. Steigende Baukosten, komplexe Vorschriften und langwierige Bewilligungsverfahren erschweren die Realisierung von dringend benötigtem Wohnraum. Besonders in touristisch geprägten und städtischen Gebieten führt dies zu einem begrenzten Angebot und steigenden Preisen, was insbesondere die lokale Bevölkerung belastet.

Neben der geplanten Wohnbauförderung auf kantonaler Ebene muss der Fokus auch auf eine Vereinfachung und Flexibilisierung der Bauvorschriften gelegt werden. Flexiblere Regelungen, die den regionalen Gegebenheiten und den spezifischen Herausforderungen gerecht werden, können erheblich dazu beitragen, Bauvorhaben zu beschleunigen und kosteneffizienter umzusetzen. Tiefere Baukosten durch den Abbau unnötiger Regulierungen wirken dabei ähnlich positiv wie finanzielle Förderungen, belasten jedoch die Kantons- und Gemeindefinanzen nicht zusätzlich. Ziel ist es, die Vorschriftendichte ohne Qualitätseinbussen zu reduzieren und den Wohnungsbau an die Bedürfnisse der Regionen anzupassen.

Die Regierung wird deshalb beauftragt, umgehend rasch umsetzbare Massnahmen im Baurecht mit entsprechender Revision der kantonalen Raumplanungsverordnung (KRVO, Art. 40-62) umzusetzen und verwaltungsinterne Vorgaben (z. B. KRVO-Kommentar, Wegleitungen und Richtlinien) zu überarbeiten. Dabei sollen auch rasch umsetzbare Vereinfachungen für das digitale Baubewilligungsverfahren (eBau) umgesetzt werden.

Chur, 24. April 2025

Derungs (Lumbrein), Luzio, Oesch, Altmann, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brunold, Buchli, Bundi, Caluori, Collenberg, Crameri, Derungs (Domat/Ems), Epp, Furger, Gansner, Hartmann, Heini, Hermann, Hohl, Holzinger-Loretz, Kappeler, Kasper, Koch, Kocher, Kohler, Loepfe, Lunghi, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Niederreiter, Orlik, Patzen, Righetti, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Tomaschett, Ulber, von Moos, von Tschamer, Wieland, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

17. Juni 2025

Mitgeteilt den

20. Juni 2025

Protokoll Nr.

464/2025

Auftrag Derungs (Lumbrein)

betreffend rasch umsetzbare Massnahmen zur Vereinfachung der Bauvorschriften im
Kanton Graubünden

Antwort der Regierung

Betreffend die angesprochene angespannte Wohnraumsituation hat die Regierung mit der Botschaft betreffend Gesetz über die Förderung von Wohnraum (GFW), Heft Nr. 16 / 2024–2025, versucht, die Situation im Wohnungsmarkt zu analysieren. Danach haben sehr viele Faktoren, die teils je nach Region unterschiedlich sind, zur heutigen Lage geführt. Nicht analysiert wurden die Bauvorschriften, die Verfahren und die Entwicklung der Baukosten. Dennoch ist festzuhalten, dass weder die – vom Kanton und den Gemeinden beeinflussbaren – Vorschriften noch die Verfahren ein besonderes oder neu hinzugekommenes Hindernis darstellen, um Wohnbauten zu erstellen. Die Höhe der Baukosten (verbunden mit Renditefragen) könnten eine Relevanz haben, sind aber seitens des Kantons nicht massgeblich beeinflussbar. Was jedoch die Verfügbarkeit von Bauland angeht, so liegt es in der ausdrücklichen Verantwortung von Kanton und Gemeinden, Massnahmen zur Mobilisierung der richtig dimensionierten Bauzonen zu treffen. Der Kanton räumt hierbei den Gemeinden das grösstmögliche Planungsermessen sowohl hinsichtlich der Bauzonendimensionierung als auch der Mobilisierung ein. Hierfür hat er mit der Revision des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) im Jahr 2018 die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Die konkrete Umsetzung der Baulandmobilisierung obliegt jedoch den Gemeinden als Planungsträgerinnen. Mit Mobilisierungsmassnahmen sollte ein genügendes Baulandangebot sichergestellt werden können (ob damit die Baulandpreise sinken, ist kaum abschätzbar, da auch hier viele Faktoren entscheidend sind). Die Regierung ist sich bewusst, dass oftmals eine Diskrepanz zwischen den erforderlichen Planungsmassnahmen und dem Willen der Grundeigentümerschaften besteht. Ortsplanungsrevisionen, welche die Mobilisierung zum Gegenstand haben, scheitern daher zuweilen an der Urne. Ferner werden Baueinsprachen manchmal aus fraglichen Gründen erhoben. Beides kann jedoch aufgrund der verfassungsrechtlich garantierten Verfahrensrechte nicht verhindert werden. Zusammenfassend verursachen jedoch weder Bauvorschriften noch Bewilligungsverfahren, die in einem modernen Rechtsstaat in einem gewissen Umfang zwingend nötig sind, die Situation im Wohnungsmarkt; vielmehr ist diese durch andere Faktoren bedingt. Das gilt auch für touristische und städtische Gebiete.

Die Regierung geht jedoch mit den Ausführungen im Auftrag einig, dass die Bauvorschriften einfach, auf das Nötige reduziert sowie flexibel sein und den regionalen Gegebenheiten sowie spezifischen Herausforderungen gerecht werden müssen. Eine Beschleunigung von Projekten und eine Minimierung der Bürokratie, was auch die Kosten zu senken vermag, muss in allen Sektoralpolitiken das Ziel sein. Dieses wird seitens der Regierung seit jeher verfolgt. Allerdings sind ihr Grenzen gesetzt, insbesondere durch übergeordnetes Recht. Weiter ist die Gemeindeautonomie zu beachten: die Gemeinden dürfen selbst Regeln aufstellen, welche der Kanton im Rahmen der Vorgaben respektieren muss (Art. 49 Abs. 2 KRG). Entsprechend ist die Regierung der Ansicht, dass die kantonalen formellen Bauvorschriften von Art. 85 bis 92 KRG und Art. 40 bis 61a der Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden (KRVO; BR 801.110) bereits heute im Rahmen der übergeordneten Vorgaben so schlank wie möglich ausgestaltet sind und den Gemeinden so viel Handlungsspielraum wie möglich belassen. Dasselbe gilt für die materiellen Bauvorschriften gemäss Art. 72 bis 82 KRG. Dem im Auftrag verfolgten Ziel, die Vorschriftendichte minimal zu halten und regionale Handlungsspielräume für den Wohnungsbau offen zu lassen, wird demnach bereits in Gesetz und Praxis nachgelebt.

Die Regierung ist aber bereit, die Vorschriften von Art. 40 bis 61a KRVO und die internen Dokumente wie Wegleitungen, Kommentare etc., auch unter Einbezug der e-Bau-Plattform, zu prüfen und – sofern die Prüfung ergibt, dass zweckmässige und zielführende Massnahmen im Sinn des Auftrags ersichtlich sind – die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen und umzusetzen. Diese Überprüfung soll unter Beizug verschiedener Akteure, insbesondere auch der Politik und Gemeinden, erfolgen, z. B. im Rahmen von Workshops. Es ist konkret aufzuzeigen, wo die Gemeinden eingeschränkt sind und wo mehr Spielraum möglich wäre. Die aufzuarbeitenden Themen müssen dabei nicht zwingend auf die im vorliegenden Auftrag vorgebrachten Aspekte beschränkt sein, sondern können auch erweitert werden.

Die Umsetzung des Auftrags bedarf zusätzlicher finanzieller Ressourcen von allenfalls ein paar zehntausend Franken, da externe Unterstützung aufgrund der angespannten Personalressourcensituation voraussichtlich unerlässlich sein wird.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Derungs (Lumbrein) concernent mesiras che pon vegnir realisadas svelt per simplifitgar las prescripziuns da construcziun en il chantun Grischun

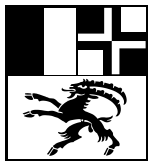
La situaziun en connex cun il spazi d'abitar en il chantun Grischun è tendida en bleras regiuns. Custs da construcziun creschents, prescripziuns complexas e lungas proceduras da permissiun engrevgeschan la realisaziun da spazi d'abitar ch'è urgentamain necessari. Las consequenzas da quai èn ina purschida limitada e pretschs creschents, spezialmain en territoris turistics ed urbans. Quai è ina chargia cunzunt per la populaziun locala.

Ultra da la promoziun da la construcziun d'abitaziuns, ch'è previsa sin plaun chantunal, sto il focus er vegnir mess sin ina simplificaziun e sin ina flexibilisaziun da las prescripziuns da construcziun. Regulaziuns pli flexiblas che tegnan quint da las relaziuns regiunalas e da las sfidas specificas pon gidar considerablamain ad accelerar ils projects da construcziun e d'als realisar en moda pli economica. Sbassar ils custs da construcziun cun eliminar regulaziuns nunnecessarias ha en quest connex in effect sumegliant positiv sco promoziuns finanzialas, n'engrevgescha dentant betg supplementarmain las finanzas chantunalas e communalas. La finamira è quella da reducir il grond dumber da prescripziuns senza perder la qualitat e d'adattar la construcziun d'abitaziuns als basegns da las regiuns.

La Regenza vegn perquai incumbensada da realisar immediatamain mesiras ch'èn realisablas svelt en il dretg da construcziun cun agid d'ina revisiun correspundenta da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (OPTGR; art. 40–62) e da repassar las prescripziuns entaifer l'administraziun (p.ex. commentari tar la OPTGR, mussavias e directives). En quest connex duain er vegnir fatgas simplificaziuns da la procedura digitala per la permissiun da construcziun (eBau), ch'èn realisablas svelt.

Cuira, ils 24 d'avrigl 2025

Derungs (Lumbrein), Luzio, Oesch, Altmann, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brunold, Buchli, Bundi, Caluori, Collenberg, Crameri, Derungs (Domat), Epp, Furger, Gansner, Hartmann, Heini, Hermann, Hohl, Holzinger-Loretz, Kappeler, Kasper, Koch, Kocher, Kohler, Loepfe, Lunghi, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Niederreiter, Orlik, Patzen, Righetti, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stöffler, Tomaschett, Ulber, von Moos, von Tscharnier, Wieland, Zanetti (Sent)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

17 da zercladur 2025

20 da zercladur 2025

464/2025

Incumbensa Derungs (Lumbrein)

concernent mesiras che pon vegnir realisadas svelt per simplifitgar las prescripziuns da construcziun en il chantun Grischun

Resposta da la Regenza

Concernent la situaziun da spazi d'abitar precara tematisada ha la Regenza empruvà cun la missiva concernent la Lescha davart la promoziun d'abitaziuns (LPA), carnet nr. 16 / 2024–2025, d'analisar la situaziun sin il martgà d'abitaziuns. En quest connex èsi sa mussà che fitg blers facturs, ch'èn per part differents tut tenor regiun, han manà a la situaziun actuala. Betg vegnids analisads n'èn las prescripziuns da construcziun, las proceduras ed il svilup dals custs da construcziun. Tuttina stoi vegnir menziunà, che ni las prescripziuns – che pon vegnir influenzadas dal chantun e da las vischnancas – ni las proceduras èn in impediment spezial u nov per construir edifizis d'abitar. L'autozza dals custs da construcziun (cumbinada cun dumondas da rendita) pudess esser relevanta, na po dentant betg vegnir influenzada decisivmain dal chantun. Quai che concerna dentant la disponibladad da terren da construcziun, èsi la responsabladad explicita dal chantun e da las vischnancas da prender mesiras per mobilisar las zonas da construcziun che han ina dimensiun correcta. En quest connex conceda il chantun a las vischnancas l'apprèziar planisatoric il pli grond pussaivel tant areguard la dimensiun da las zonas da construcziun sco er areguard la mobilisaziun. Cun la revisiun da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR; DG 801.100) ha el stgaffi l'onn 2018 las basas giuridicas respectivas. La realisaziun concreta da la mobilisaziun da terren da construcziun è però chausa da las vischnancas sco purtadras da la planisaziun. Cun mesiras da mobilisaziun duess pudair vegnir garantida ina purschida da terren da construcziun sufficienta (sch'ils pretschs da terren da construcziun sa reduceschan uschia, n'è strusch pussaivel da stimar, perquai che er qua èn decisivs blers facturs). La Regenza è conscienta ch'i dat savens ina discrepanza tranter las mesiras da planisaziun necessarias e la voluntad da las proprietarias e dals proprietaris da bains immobiliars. Las revisiuns da la planisaziun locala che cumpiglian la mobilisaziun fan perquai da temp en temp naufragi a l'urna. Plinavant vegnan protestas da construcziun mintgatant inoltradas per motivs dispitaivels. Pervia dals dretgs processuals garantids tenor la constituziun na pon tuttas duas chaussas dentant betg vegnir impeditas. Per resumar na chaschunan però ni prescripziuns da construcziun ni proceduras da permissiun, ch'èn absolutamain necessarias en ina tscherta dimensiun en in stadi da

dretg modern, la situaziun sin il martgà d'abitaziuns; plitost vegn quella chaschunada d'auters facturs. Quai vala er per territoris turistics ed urbans.

La Regenza va dentant d'accord cun las explicaziuns en l'incumbensa, che las prescripziuns da construcziun stoppian esser simplas, reducidas a quai ch'è necessari sco er flexiblas e tegnair quint da las relaziuns regiunalas sco er da las sfidas specificas. In'acceleraziun da projects ed in minimalisaziun da la burocrazia, quai che po er reducir ils custs, sto esser la finamira en tut ils secturs politics. La Regenza ha gia adina persequità questa finamira. Ella è dentant suttamessa a cunfins, en spezial tras il dretg surordinà. Plinavant sto ella resguardar l'autonomia communal: las vischnancas dastgan fixar sezzas reglas, ch'il chantun sto respectar en il rom da las prescripziuns (art. 49 al. 2 LPTGR). Correspundentamain è la Regenza da l'avis, che las prescripziuns da construcziun formalas chantunalas dals art. 85 fin 92 LPTGR e dals art. 40 fin 61a da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (OPTGR; DG 801.110) sajan concepidas gia oz en moda uschè concisa sco pussaivel en il rom da las prescripziuns surordinadas e ch'ellas laschian a las vischnancas uschè blera libertad d'agir sco pussaivel. Il medem vala per las prescripziuns da construcziun materialas tenor ils art. 72 fin 82 LPTGR. La finamira persequitada en l'incumbensa, numnadamain da tegnair minimal il dumber da prescripziuns e da laschar avert libertads d'agir regiunalas per la construcziun d'abitaziuns, vegn pia gia observada en la lescha ed en la pratica.

La Regenza è dentant pronta d'examinar las prescripziuns dals art. 40 fin 61a OPTGR ed ils documents interns sco mussavias, commentaris e.u.v., er cun integrar la plattafurma eBau, e – sche l'examinaziun mussa mesiras adequatas e curvenghentas en il senn da l'incumbensa – da prender e da realisar las mesiras correspundentas. Questa examinaziun duai vegnir fatga cun agid da differents acturs, en spezial er da la politica e da las vischnancas, p.ex. en il rom da lavuratori. Concretamain stoi vegnir mussà, nua che las vischnancas èn restrenschidas e nua ch'i fiss pussaivel da dar dapli libertad d'agir. Ils temas da tractar na ston betg esser restrenschids stringentamain als aspects menziunads en l'incumbensa qua avant maun, mabain pon er vegnir extendids.

La realisaziun da l'incumbensa dovra resursas finanzialas supplementaras d'eventualmain in pèr dieschmilli francs, perquai che la situaziun precara da las resursas da personal pretenda previsiblamain in sustegn extern.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar l'incumbensa qua avant maun.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico Derungs (Lumbrein) concernente misure di rapida attuazione per semplificare le prescrizioni edilizie nel Cantone dei Grigioni

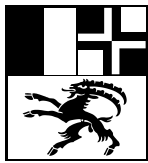
In numerose regioni del Cantone dei Grigioni la situazione relativa all'alloggio è tesa. L'aumento dei costi di costruzione, le prescrizioni complesse e le lunghe procedure di autorizzazione ostacolano la realizzazione di alloggi urgentemente necessari. Soprattutto nelle aree turistiche e in quelle urbane ciò porta a un'offerta limitata e a prezzi in aumento, il che grava in particolare sulla popolazione locale.

Oltre alla prevista promozione della costruzione di alloggi, a livello cantonale occorre porre l'accento anche sulla semplificazione e sulla flessibilizzazione delle prescrizioni edilizie. Norme più flessibili che tengano conto delle condizioni regionali e delle sfide specifiche possono contribuire in modo significativo ad accelerare i progetti edilizi e a realizzarli in modo più economico. Costi di costruzione inferiori dovuti all'eliminazione di regolamentazioni inutili hanno un effetto positivo simile a quello degli incentivi finanziari, tuttavia senza gravare ulteriormente sulle finanze cantonali e comunali. L'obiettivo è ridurre la densità delle prescrizioni senza diminuirne la qualità e adeguare la costruzione di alloggi alle esigenze delle regioni.

Il Governo viene perciò incaricato di adottare senza indugio misure di rapida attuazione nel diritto edilizio attraverso la corrispondente revisione dell'ordinanza cantonale sulla pianificazione territoriale (OPTC, art. 40-62) e di rielaborare le direttive interne all'Amministrazione (ad es. commento OPTC, istruzioni e linee guida). In questo contesto dovranno anche essere attuate in tempi rapidi semplificazioni per la procedura digitale per il rilascio della licenza edilizia (eBau).

Coira, 24 aprile 2025

Derungs (Lumbrein), Luzio, Oesch, Altmann, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brunold, Buchli, Bundi, Caluori, Collenberg, Crameri, Derungs (Domat/Ems), Epp, Furger, Gansner, Hartmann, Heini, Hermann, Hohl, Holzinger-Loretz, Kappeler, Kasper, Koch, Kocher, Kohler, Loepfe, Lunghi, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Niederreiter, Orlik, Patzen, Righetti, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Tomaschett, Ulber, von Moos, von Tschamer, Wieland, Zanetti (Sent)



Seduta del

17 giugno 2025

Comunicato il

20 giugno 2025

Protocollo n.

464/2025

Incarico Derungs (Lumbrein)

concernente misure di rapida attuazione per semplificare le prescrizioni edilizie nel Cantone dei Grigioni

Risposta del Governo

In relazione alla situazione tesa relativa all'alloggio menzionata nell'incarico, con il messaggio relativo alla legge concernente la promozione degli alloggi (LcPrA), quaderno n. 16 / 2024-2025, il Governo ha cercato di analizzare lo stato del mercato dell'alloggio. Secondo tale analisi sono molti i fattori, in parte diversi a seconda della regione, che hanno portato alla situazione attuale. Non sono state analizzate le prescrizioni edilizie, le procedure e l'evoluzione dei costi di costruzione. Ciononostante va osservato che né le prescrizioni, sulle quali Cantone e comuni possono influire, né le procedure rappresentano un ostacolo particolare o nuovo alla realizzazione di alloggi. Potrebbe essere rilevante l'ammontare dei costi di costruzione (associato a questioni di rendimento), ma il Cantone non vi può influire in maniera importante. Tuttavia per quanto riguarda la disponibilità di terreno edificabile, l'adozione di misure per mobilitare zone edificabili correttamente dimensionate rientra nella responsabilità esplicita di Cantone e comuni. In tale contesto il Cantone concede ai comuni il maggiore potere discrezionale possibile in ambito pianificatorio sia per quanto riguarda il dimensionamento delle zone edificabili sia per quanto riguarda la mobilitazione di queste ultime. Nel 2018, con la revisione della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100), esso ha creato le basi giuridiche a tale scopo. La mobilitazione concreta di terreni edificabili compete tuttavia ai comuni quali enti di pianificazione. Tramite misure di mobilitazione dovrebbe essere possibile garantire un'offerta sufficiente di terreni edificabili (è difficile sapere se in tal modo i prezzi dei terreni edificabili calerebbero, poiché anche in questo caso sono determinanti molti fattori). Il Governo è consapevole del fatto che spesso vi è una discrepanza tra le misure pianificatorie necessarie e la volontà dei proprietari fondiari. Perciò a volte le revisioni delle pianificazioni locali aventi ad oggetto la mobilitazione vengono bocciate alle urne. Inoltre, le opposizioni a progetti di costruzione vengono talvolta sollevate per motivi dubbi. Sulla base dei diritti procedurali garantiti dalla Costituzione entrambi gli aspetti sono tuttavia inevitabili. In sintesi, né le prescrizioni edilizie, né le procedure di autorizzazione, che sono in una certa misura indispensabili in uno Stato di diritto, sono la causa della situazione sul mercato dell'alloggio. Questa è

da ricondurre piuttosto ad altri fattori. Lo stesso vale per le aree turistiche e quelle urbane.

Il Governo è tuttavia d'accordo con quanto esposto nell'incarico, secondo cui le prescrizioni edilizie devono essere semplici, limitate allo stretto necessario, flessibili e devono tenere conto delle circostanze regionali e delle sfide specifiche. Un'accelerazione dei progetti e un contenimento al minimo della burocrazia, ciò che può anche portare a una riduzione dei costi, devono essere l'obiettivo di ogni politica settoriale. Il Governo persegue da sempre questo obiettivo. Tuttavia gli sono posti dei limiti, segnatamente dal diritto di rango superiore. In aggiunta occorre tenere conto dell'autonomia comunale: i comuni sono liberi di stabilire autonomamente delle regole che il Cantone deve rispettare nei limiti delle direttive (art. 49 cpv. 2 LPTC). Di conseguenza, il Governo ritiene che le prescrizioni edilizie formali cantonali di cui agli art. 85 – 92 LPTC e agli art. 40 – 61a dell'ordinanza sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (OPTC; CSC 801.110) siano già oggi il più possibile snelle, nei limiti delle direttive sovraordinate, e che lascino ai comuni il più ampio margine di manovra possibile. Lo stesso vale per le prescrizioni edilizie materiali conformemente agli art. 72 – 82 LPTC. L'obiettivo di contenere al minimo la densità normativa e di garantire margini di manovra regionali per quanto riguarda la costruzione di alloggi perseguito nell'incarico trova quindi già attuazione nella legge e nella prassi.

Il Governo è però disposto a riesaminare le prescrizioni di cui agli art. 40 – 61a OPTC e i documenti interni quali istruzioni, commenti, ecc., compresa la piattaforma eBau. Se dall'esame risulteranno misure opportune ed efficaci ai sensi dell'incarico, è inoltre disposto ad adottare e ad attuare le misure corrispondenti. Questa verifica deve avvenire coinvolgendo diversi attori, in particolare anche della politica e dei comuni, ad es. nel quadro di workshop. Si dovrà illustrare concretamente dove esistono limiti per i comuni e dove sarebbe possibile maggiore margine di manovra. I temi da elaborare non dovranno necessariamente limitarsi agli aspetti menzionati nel presente incarico, ma potranno anche essere ampliati.

L'attuazione dell'incarico richiederà risorse finanziarie supplementari pari al massimo a qualche decina di migliaia di franchi, dato che, vista la difficile situazione in termini di personale, sarà probabilmente indispensabile fare capo a sostegno esterno.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin